

Ein Druidenstaat auf Helgoland

Im Frankfurter Reichsbürger-Prozess werden verstörende Notizen einer Angeklagten aus dem Bodenseekreis gesichtet

Von Daniel Streib



Johanna Findeisen-Juskowiak verdeckt auf dem Archivbild ihr Gesicht beim Frankfurter Prozess gegen die Gruppe um Prinz Reuß (rechts). Foto: Boris Roessler/dpa

Frankfurt am Main. Im an wunderlichen Angeklagten nicht armen Reichsbürger-Komplex ist eine Frau vom Bodensee wohl eine der wunderlichsten: Johanna Findeisen-Juskowiak aus

Frickingen steht mit Heinrich XIII. Prinz Reuß und sieben weiteren Angeklagten vor dem Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt. In dem Prozess, der seit einem halben Jahr unter verschärften Sicherheitsmaßnahmen in einer dafür errichteten Leichtbauhalle in einem Gewerbegebiet stattfindet, kamen nun Dokumente zur Sprache, die auch für Kenner von Verschwörungstheorien starker Tobak sind. Im Dezember 2022 wurden diese Dokumente in der Wohnung der Angeklagten sichergestellt – im Rahmen der damaligen Großrazzia im Reichsbürger-Milieu.

„Ich glaube an das Gute.“

Johanna Findeisen-Juskowiak, Terror-Angeklagte

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wirft den Angeklagten die Bildung, Mitgliedschaft beziehungsweise Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens vor. Johanna Findeisen-Juskowiak war demnach seit November 2021 dabei. Neben ihrer Teilnahme an „Ratstreffen“ habe sie auch eine Person aus ihrem Familienkreis dazu bewegt, der Vereinigung einen Geldbetrag von 150.000 Euro zukommen zu lassen. „Zudem traf sie sich im November und Dezember 2022 mit Vertretern des russischen Generalkonsulats in Frankfurt am Main und Baden-Baden, um für die Ziele der Vereinigung zu werben“, so ein Sprecher der Karlsruher Anklagebehörde.

Die 54-Jährige arbeitete zuletzt freiberuflich als „Coach“. Während der Coronavirus-Pandemie protestierte sie gegen die staatlichen Maßnahmen, bei der Bundestagswahl 2021 kandidierte sie als

Direktkandidatin der Kleinpartei „Die Basis“. Die „sofortige Beendigung aller Maßnahmen“ sei ihr wichtigstes politisches Ziel gewesen. Im Frankfurter Verfahren ist sie unter den Angeklagten die Einzige, die vor den Pressefotografen ihr Gesicht verdeckt. Findeisen-Juskowiak gibt sich betont sanftmütig. Sie lächelt oft. Bei ihrer Aussage Anfang Juli sagte sie Sätze wie „Ich glaube an das Gute“ und „Liebe ist stärker als die Finsternis“.

Wie kommt eine sanftmütige Frau aus dem Bodenseekreis dazu, mit russischen Diplomaten womöglich über Putschpläne in Deutschland zu sprechen? Fragen wie diese soll der Staatsschutzsenat unter dem Vorsitzenden Richter Jürgen Bonk klären. Um diesem ehrgeizigen Ziel näherzukommen, führte der Vorsitzende am Dienstag einen Teil der bei Findeisen-Juskowiak gefundenen Dokumente und Dateien in die Hauptverhandlung ein: handgeschriebene Zettel, Dateien aus dem Online-Netzwerk Telegram, Dokumente von einem Laptop.

Das verlief nicht ganz reibungslos. Verteidigerin Ute Mannebach-Junge erhob mehrfach Verwertungswiderspruch. Die Verlesung der Dokumente verhinderte es nicht. Was kam, waren zunächst Versatzstücke, wie sie aus einschlägigen Verschwörungserzählungen bekannt sind. Namen wie Bill Gates und Klaus Schwab werden genannt. Der Microsoft-Milliardär und der in Ravensburg geborene Gründer des Weltwirtschaftsforums gelten als Lieblingsfeinde des Reichsbürger-Milieus. Dass man die sanftmütige Frickingerin dort verorten kann, darauf deuten weitere Fundstellen hin. Es herrsche immer noch Krieg, die Bundesrepublik sei nicht souverän, heißt es darin.

Und doch ist an diesem Verhandlungstag bislang Ungehörtes zu

vernehmen. Im Zusammenhang eines Treffens mit einem vom Verfassungsschutz beobachteten Aktivistin wird in den Notizen eine Art staatsrechtliche Vision angerissen. Es geht um einen „keltisch-druidischen“ Glauben. Und es geht um die Nordseeinsel Helgoland mit ihren gut 1.200 Einwohnern, die offenbar als Pilotprojekt für ein kleines Keltenreich vorgesehen war. „Wir sind als keltisch-druidische Religionsgemeinschaft anerkannt“, heißt es dort laut Gericht. Und: „Wir haben ein Jahr Zeit, um Menschen zu finden, eine Staatsreligion aufzubauen.“ Ein anderer Schwerpunkt der wirren Notizen ist die in den USA von der QAnon-Bewegung betriebene Verschwörungslegende von massenhaften Kindstötungen durch Mitglieder des „Deep States“, der politischen Elite. Dazu gibt auch eine europäische Variante, die an uralte Schauererzählungen über Juden erinnert. Von „Tunnelsystemen“ in der Schweiz und „nordwestlich von Oppenau“ im Schwarzwald ist in den Aufzeichnungen die Rede.

„Dort werden Kinder und Frauen missbraucht und ihr Blut getrunken“, steht handschriftlich auf einem Zettel, den Richter Bonk auf den Saalbildschirmen zeigen lässt. Den perfiden Effekt von derlei Lügen beschreiben Psychologen schon lange: Wer das glaubt, ist schneller bereit, Grenzen zu überschreiten: Wenn der Gegner Kinderblut trinkt, ist er kein Mensch mehr. Auf dem Zettel steht der Name eines weiteren Angeklagten, der parallel mit Teilen des mutmaßlichen „militärischen Arms“ der Reuß-Gruppe in Stuttgart-Stammheim vor Gericht steht: Marco v. H.. Der Pforzheimer gab sich als ehemaliger Elitekämpfer des KSK der Bundeswehr aus und laut Anklage als Verbindungsoffizier zur „Allianz“, einer in QAnon-Kreisen herbeiphantasierten Friedensarmee unter Führung von Donald Trump und Wladimir

Putin.

Auch der Name eines deutschen Politikers fällt an diesem Verhandlungstag: CSU-Chef Markus Söder. Im Gegensatz zum designierten US-Präsidenten und dem Kreml-Machthaber zählt der bayerische Ministerpräsident in der QAnon-Welt zu den Bösen. Söder wird als Monster gezeichnet. Er habe das Kind einer jungen Frau „gekidnappt, vergewaltigt und gegessen“, heißt es in einem bei Johanna Findeisen-Juskowiak sichergestellten Dokument.

Die Angeklagte äußerte sich dazu am Dienstag nicht. Für die Verteidigung ist ohnehin nicht einmal klar, ob die Notizen von ihrer Mandantin stammen. Und überhaupt: „Dieses Sammelsurium von irgendwelchen Dingen hat keinerlei Beweiswert“, findet Anwältin Mannebach-Junge. Das Gericht hat in dem Mammutverfahren bereits Verhandlungstage bis Sommer 2025 terminiert.